

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl. Kfm. Dr Günther Stummvoll, Jan Krainer
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Verwendung der zusätzlichen Mittel aus der Spreizung der Mineralölsteuer

einggebracht im Zuge der Debatte zum Ökologisierungsgesetz 2007 (406 d.B.).

Anreize zur Ökologisierung des Steuersystems sind grundsätzlich zu begrüßen, allerdings sollten zusätzliche Einnahmen aus einer solchen Ökologisierung auch zweckentsprechend verwendet werden.

Mit der Anhebung der Mineralölsteuer um 3 Cent pro Liter für schwefelreicheres Heizöl sind solche Mehreinnahmen verbunden. Laut Erläuterungen werden diese auf zunächst 10 Millionen Euro im Jahr 2008 geschätzt. Diese 10 Millionen Euro teilen sich auf Bundes- und Länder/Gemeindenanteile auf. Der weitere Verlauf der Mehreinnahmen ist schwer abschätzbar, da nicht klar ist, wie viel schwefelfreies Heizöl auf den Markt kommen wird.

Die Mehreinnahmen sollen jedenfalls nicht ohne ökologischen Effekt im allgemeinen Haushalt aufgehen, sondern für Zwecke des Klimaschutzes verwendet werden.

Neben der Reduktion der CO₂-Emissionen soll durch die Verringerung des Schwefelgehaltes von Heizöl extraleicht auch die SO₂-Emission verringert werden. Eine Vorschreibung eines entsprechenden Schwefel-Grenzwertes von 10 ppm (in Analogie zu Dieselmotorkraftstoff) scheint hier das zweckmäßigste Mittel. Die Einführung dieses Grenzwertes soll mit einer ausreichenden Übergangsfrist erfolgen, beispielsweise ab 1.1.2010. Damit wird hinkünftig eine Steuerdifferenzierung entbehrlich. Entsprechende Regelungen sollten mit den Ländern vereinbart werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

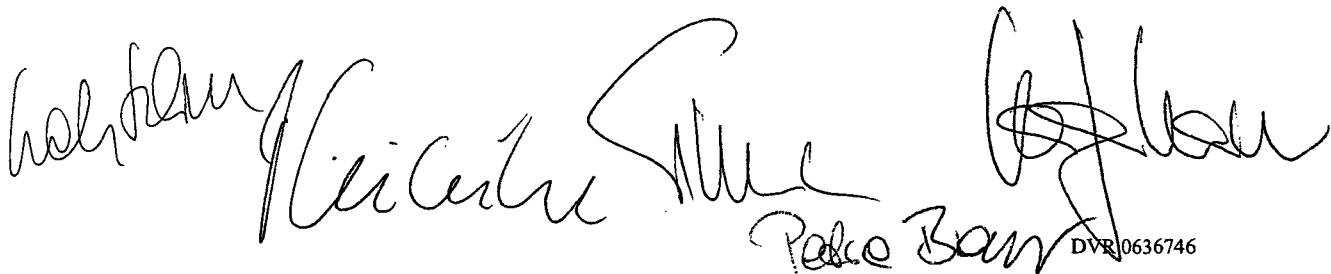
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, mit den Ländern im Rahmen der Gespräche zur Art. 15a - Vereinbarung im Rahmen des FAG Fördermaßnahmen zur Umrüstung von Heizkesseln durch die Bundesländer zu führen, wobei diese im wesentlichen aus geförderten und mit öffentlicher Haftung versehenen Finanzierungsdarlehen bestehen sollen.

Weiters wird der Bundesminister für Finanzen ersucht, die tatsächlichen Mehreinnahmen des Bundes für Zwecke des Klimaschutzes zu verwenden.

Darüber hinaus wird der Bundesminister für Umwelt und Landwirtschaft und der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ersucht, eine Änderung der Vereinbarung mit den Ländern über den Schwefelgehalt von Heizöl anzustreben, in der ein Schwefel-Grenzwert für Heizöl extraleicht von 10 ppm festgelegt wird.“



Wolfgang
Günther Stummvoll
Jan Krainer
Petra Baur
DVR 0636746